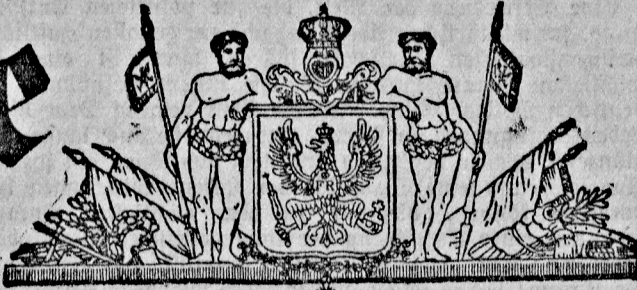


Vossische



Zeitung

70 Pfennig

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 20 Mark. Anzeigen: Zeile 6 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3.50 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 6807.

Frankreichs Bedingungen für Genua

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 17. Januar.

Der „Temps“ versichert, daß Frankreich aufrichtig bereit sei, am Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten. Die Konferenz von Genua könne nach französischer Auffassung aber nur Erfolg haben, wenn sie die internationalen Verträge nicht berührt, was in Cannes ausdrücklich zugesichert wurde, und die sechs Artikel der in Cannes angenommenen Entschließung vom 6. Januar als unantastbare Verhandlungsgrundlage anerkennt.

Gaston Béze verlangt im „Ere Nouvelle“ von dem neuen Ministerium offenes Spiel. Er beruft sich darauf, daß die französischen Demokraten die ersten gewesen seien, die eine Wiederanknüpfung der friedlichen Beziehungen zu allen Völkern verlangten. Die Isolierung widerspreche auch vom wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt den französischen Interessen. Der neue Ministerpräsident habe seine Auffassung keineswegs verheimlicht, in hundert Artikeln in allen Zeitungen und Zeitungen habe er unaufhörlich geschimpft und sich als Vorläufer einer starken Politik in die Brust geworfen. Zu dieser Politik hätten England und Italien kategorisch nein gesagt. Also werde Frankreich allein dastehen. Man könne das Zwangsverfahren nicht anwenden, wenn man eine so ungeheure Schuld einzubringen habe wie die, die der letzte Krieg zurückgelassen habe.

Gouttenoire de Soury richtet im „Journal du Peuple“ einen offenen Brief an den Vorsitzenden der Liga für die Menschenrechte. Er fordert ihn auf, unverzüglich die große Macht, die die Liga darstelle, zu einer energischen Protestaktion gegen die Anwendung des Artikels 228 gegen die Kriegsschuldigen einzusetzen.

Der Abgeordnete Bonnet wird den Ministerpräsidenten über die Durchführung der Resolutionen interpellieren, die der Interalliierte Ausschuss zur Begutachtung der Leipziger Kriegsschuldigenprozesse dem Obersten Rat unterbreitet hat.

Wien, 17. Januar. (W. I. S.)

Der italienische Gesandte hat der österreichischen Regierung eine Note des italienischen Außenministers überreicht, in der Österreich zur Wirtschaftskonferenz von Genua eingeladen wird.

Poincarés Besprechung mit Curzon.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 17. Januar.

Das Ministerium Poincaré hat heute vormittag im Elysee unter Vorsitz Millerands seinen ersten Ministerrat abgehalten. Nach dem amtlichen Kommuniqué berichtete Poincaré über seine Unterredungen mit Lloyd George und Curzon. Finanzminister de Lasteyrie hielt dann einen Vortrag über die finanzielle Lage. Er äußerte dabei die Hoffnung, schon in nächster Zeit den Budgetentwurf für 1922 im Parlament einbringen zu können.

Poincaré hat sich, wie ich von unterrichteter französischer Seite erfahre, nach seiner gestrigen Unterredung mit Lord Curzon optimistisch geäußert. Der französische Ministerpräsident hat sich hauptsächlich darauf beschränkt, die Darlegungen des englischen Ministers anzuhören, da es ihm nach Lage der Dinge noch nicht möglich war, selbst im Namen der neuen französischen Regierung verbindende Vereinbarungen zu machen. Poincaré soll aber den Eindruck gewonnen haben, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England auf einer für ihn annehmbaren Grundlage möglich sei, wenn die Einigung auch nicht so schnell erzielt werden sollte, wie es in Cannes der Fall zu sein schien. Lord Curzon ist heute mittag von Paris nach London abgereist.

Von unterrichteter italienischer Seite wird mir bestätigt, daß die Ernennung des Grafen Sforza zum Botschafter Italiens in Paris bevorsteht. Der bisherige Botschafter Graf Bonin Longaro hat am 20. Dezember sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der italienische Botschafter in London De Martino ist, wie ich weiter höre, wegen eines Interviews, das die Regierung in Rom nicht gebilligt hat, von seinem Posten abberufen worden. Zu seinem Nachfolger ist der frühere Botschafter in Washington Romano Voegano auszuwählen.

Englands zwangsläufige Wiederaufbaupolitik

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

iw London, 17. Januar.

Che Poincaré sich der französischen Kammer vorstellt, warnt die „Ball Mall Gazette“ in einem Leitartikel vor kurzfristiger Politik und Chauvinismus. Das Blatt erinnert daran, daß Poincarés eigene Erfahrung ihm sagen müsse, daß die englische Freundschaft nicht nur aus leeren Worten bestehe, und erklärt: England brüfte

sich nicht, moralisch oder weise zu sein, es sei lediglich Umstände, aus der wirklichen Lage die rechten Schlussfolgerungen zu ziehen. Englands Wohl und Wehe liege in den wirtschaftlichen Verhältnissen anderer Länder. Der Weltmarkt müsse wieder aufgenommen werden, damit England überhaupt selbst existieren könne, und diese Wiederaufnahme dürfe durch keinerlei politische Rücksichten verschögert werden.

Das Blatt schreibt: „Kann Frankreich zu der Einsicht gebracht werden, daß Englands Aufgabe die Wiederherstellung

wirklicher Friedensverhältnisse, sei es mit oder ohne Frankreichs Hilfe, ist? Poincaré selbst mit seiner reichen Erfahrung kann sich in keinem Zweifel befinden; wird er imstande sein, seine Landsleute ebenfalls zu überzeugen? Wenn nicht, so müssen die unausbleiblichen Folgen der Zusammenbruch der Entente, die Isolierung Frankreichs und ein großes Handicap in den rekonstruktiven Anstrengungen sein, die England im eigenen Interesse weiter verfolgen muß.“

(Siehe auch zweite Seite.)

Die wirtschaftliche Solidarität der Völker.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Brüning hat in der gestrigen Schlussung des Zentrums-Parteitag eine bedeutsame Rede gehalten. Bei seinem Erscheinen im Saal mit einer Ovation begrüßt, führte er aus:

Ich bin gebeten worden, dem Parteitag noch ein freundliches Wort zu sagen. Sie erwarten wohl nicht, daß ich Ihnen eine politische Darlegung großen Stils gebe. Dazu ist morgen und übermorgen die Zeit gekommen. Morgen tritt der Auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammen, und in den nächsten Tagen wird sich der Reichstag mit den innen- und außenpolitischen Fragen befassen.

Der Weg der Verzweiflung, wie der Weg der Katastrophe ist nicht der Sinn der Politik, sondern das Ende der Politik. Der Geist unserer Politik muß hervorgehen aus unserer christlichen Weltanschauung. Diese Weltanschauung gibt uns die sittliche Pflicht, daß wir in keinem Augenblick des vaterländischen Unglücks die Hände in den Schoß legen, in keinem Augenblick darf die Zentrumspartei aus parteipolitischen Erwägungen sich der Verantwortung entziehen und sich aus parteipolitischen Erwägungen, aus Angst vor den Wählern in die Blöße schlagen.

Glaubt jemand denn, daß es uns ein Vergnügen bereitet, Machtansprüchen der Alliierten gegenüber ein Ja zu sagen und gegenüber der ungerechten Entscheidung über Oberschlesiens Erfüllungspolitik zu treten? Aber wir konnten nicht eine politische Linie betreten, an deren Ende das Chaos und die Katastrophe stehen.

Unser Ja war immer aufrichtig. Man hat uns Vorwürfe gemacht, weil wir ein Ultimatum unterschrieben haben, das sich nicht ausführen läßt. Ich habe damals schon gesagt, daß die weltwirtschaftlichen Folgen dieses Diktats unseren Gegnern zur Last fallen, und trotzdem war das Ja richtig, weil die gesamte Welt die Lage nur politisch und nicht wirtschaftlich gesehen hat. Gerade in diesen Tagen habe ich gehört, daß die Gegenseite über die Höhe der Millarden, die Deutschland auferlegt wurden, und die Folgen, die diese Goldzahlungen haben würden, sich vorher nicht unterrichtet hat. Wenn es überhaupt möglich gewesen wäre und wir wären boshaft genug gewesen, die Summen des Londoner Diktats und des Versailler Friedens zu zahlen, so würde außer den deutschen Schornsteinen in der ganzen Welt kein Schornstein mehr rauchen.

Wenn man eine solche Politik, wie wir sie getrieben haben, einmal eingeschlagen hat, so muß man diesen Weg fortsetzen. Wir werden den Weg weitergehen, wir werden die Welt fragen, welche Ziele sie sich eigentlich setzte, als sie sich das deutsche Volk herausuchte aus allen Völkern der Welt, um es für eine Schuld allein büßen zu lassen — wenn man überhaupt von einer Schuld reden kann —, an der alle Völker beteiligt sind. Die Zentrumspolitik ist eine Realpolitik für die gesamte Welt. Es können England und Amerika ihre Wirtschaft nicht konsolidieren, wenn ein Volk für die Schäden und für die Schuld der gesamten Welt aufkommen soll. Ich bitte Sie, mit uns zu arbeiten, um die Erkenntnis dieser Solidarität aller wirtschaftenden Völker zu verbreiten und damit diese Frage aus der politischen Atmosphäre auf das Gebiet des Wirtschaftlichen und des Realpolitischen hinüberzuführen. Dieses Ziel haben wir erreicht, indem wir den Leidensweg von London bis Cannes gegangen sind. Genua steht nun vor der Tür. Nur eine Solidarität der Völker in wirtschaftlichen Fragen kann die Katastrophe der Welt verhindern.

Ich will den Parteien der äußersten Rechten und Linken keinen Vorwurf machen, aber nur die Parteien, die Geduld haben, können die deutsche Politik meistern. Die Parteien, die keine Geduld haben, sind nicht berechtigt, uns Vorwürfe zu machen.

Ich bitte Sie alle, sich in den nächsten Tagen für das große Steuerproblem zu interessieren. Die Plattform, auf die man da treten kann, ist kein glatter Salonboden. Dabei kann sich ergeben, daß eine Verbreiterung der Regierung möglich wird. Eine große Koalition kann nicht zustandegebracht werden durch sorgfältige Erwägungen der Parteipäpste darüber, ob die eine Partei oder die andere Partei etwas mehr von ihren Grundfragen aufgibt, sondern sie muß sich aus der Praxis bilden, sie muß eine Regierung auf lange Sicht ermöglichen. Das Zentrum ist diesem Gedanken gerecht geworden, von ihm wird man einst sagen, es hat sich bereit gefunden, die Kerle an die Spitze zu stellen, die den Mut zur Verantwortung auch in bösen Tagen gehabt haben.

Die nächsten Tage stellen uns vor außerordentliche Aufgaben, die Lösung der Reparationsfrage in Cannes war nur eine

vorübergehende. Die allergrößte Frage, wie die Völker unter den Reparationslasten nebeneinander leben können, ist ungelöst. Sie kann erst gelöst werden, wenn Amerika anfängt, sich für Europa zu interessieren.

In den nächsten Tagen müssen aufrichtige Bemühungen erfolgen, um auf innerpolitischem Boden mit der Sanierung der Reichsfinanzen Fortschritte zu machen. Es muß ein Kompromiß zwischen dem Zentrum und der Mehrheitssozialdemokratie zustande kommen, das von Bestehenden und Beschlossenen als ein anständiges Kompromiß empfunden wird. Ist es nicht möglich, in den nächsten Wochen zu einem Kompromiß zu kommen, so ist innerpolitisch unser Programm gescheitert, und Sie müssen sich nach einer neuen Regierung umsehen. Wir werden nicht durch eine sogenannte Regierungskrise zur Verwirrung der Probleme beitragen, sondern, wenn man uns stützen will, muß dies in offener Feldschlacht, hier im Plenum des Reichstages geschehen. Dann sollen andere Leute, die glauben, daß sie bessere Arbeit machen können, sich an unsere Stelle setzen. Dann ist auch für das Zentrum die Zeit gekommen, einmal etwas auszuruhen, etwa wenn sich keine Lösung in der Schlußtage finden sollte, die für Zentrum und Mehrheitssozialdemokraten erträglich ist. Es wird aber nie eine grundsätzliche Opposition gegen den Staat sein, denn eine solche Opposition ist im Volksstaat ein Widerspruch in sich. Man kann nur in der Opposition kämpfen, um wieder Regierung zu werden und es dann besser zu machen als die Vorgänger.

Politik treiben heißt Opfer bringen. Und diese Opfer müssen wir bringen, steuerlich wie politisch. Die Zentrumspartei ist ein dienendes Glied beim Werke der Rettung der deutschen Nation. Wir wissen alle, daß man mit der Zentrumspartei als zuverlässigem, politischem Instrument rechnen kann. Kritizieren Sie unsere Politik, machen Sie Vorschläge, kritisieren Sie aber die Maßnahmen mit einer gewissen christlichen Liebe. Der Personenkampf darf nicht mehr das Zeichen von 1922 sein, wie er es von 1921 gewesen ist. Wir sind Brüder eines Volkes, und gerade im Zentrum muß man sehen, daß uns über alles geht die Einheit unseres Volkes, die praktische Arbeit und der Dienst am Vaterlande. Die Arbeit an seiner Freiheit, das ist Gottesdienst, das ist Christendienst.

Die Ausführungen des Kanzlers, die wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen wurden, lösten zum Schluß minutenlangen, tosenden Beifall aus. Zu Beginn der Sitzung hatte der Führer des oberchlesischen Zentrums, Pfarrer Ullrich, feierlich Verwahrung eingelegt gegen das Unrecht, das Deutschland in Oberschlesien durch den Spruch von Genf angetan wurde.

Der Deutschland verbliebene Teil müsse vom Reich in besondere Obhut genommen werden, die Gefahr für diesen Teil des Landes sei noch nicht vorüber. Von polnischer Seite sei man eifrig an der Arbeit, eine Irredentabewegung in Gang zu bringen, um so notwendiger sei es, durch eine kluge Verständigungspolitik auch die Polnisch sprechenden Bewohner dieser Gebiete dauernd mit Deutschland zu verbinden. Die Zentrumspartei in dem polnisch werdenden Oberschlesien habe aus Gewissenspflicht und politischer Notwendigkeit den Beschluß gefaßt, auch dem neuen Staate gegenüber loyal zu sein. Der Gedanke einer deutschen Irredentabewegung im polnischen Oberschlesien sei abgelehnt worden.

Der Parteitag nahm drei Entschließungen an, in denen gegen das Unrecht des Genfer Spruches über Oberschlesien Verwahrung eingelegt, den Saarbewohnern die Sympathien der Zentrumspartei ausgesprochen und den Bewohnern der besetzten Gebiete die Zusicherung gegeben wurde, sie nach Kräften vor willkürlichen Eingriffen der Besatzungsbehörden schützen zu wollen.

Bei den Wahlen zum Parteivorstand wurde Senatspräsident Marx zum Vorsitzenden und zu stellvertretenden Vorsitzenden der Reichsparteileitung, Abg. Stegerwald, Justizrat Münnig, Abg. Klöckner und Frau Dransfeld gewählt. Zu Ehrenvorsitzenden wurden Alt-Reichskanzler Fehrenbach und die Abg. Herold, Porck und Spahn ernannt.

In einem längeren Schlusswort hob der Vorsitzende Dr. Porck noch einmal hervor, daß der Parteitag der Ausdruck einer einmütigen Politik und Gesinnung der ganzen Partei sei. Das Zentrum sei sich besser